

An den
Präsidenten der Stiftung
Wissensraum Europa – Mittelmeer (WEM)
Univ. Prof. Dr. Bernd Thum
Landfriedstr. 7
69117 Heidelberg

■ Dr. Armin Triebel
Wielandstr.35
D-12159 Berlin
Tel.: (+49 / 0)30 / 8510339-0
Fax: (+49 / 0)30 / 8510339-1
eMail: triebel@SSIP-web.de
http:// www.SSIP-web.de

10. März 2011

Exposé

zum Verhältnis zwischen Europa und der südlichen Mittelmeerwelt und zur künftigen Gestaltung eines Euro-Mediterranen Raumes

Die Umbrüche in Nordafrika und dem Nahen Osten bieten die Chance zu einem wirklichen interkulturellen Dialog, der bisher nicht stattgefunden hat. Aus Sicht des SSIP ist in der Tat eher von einem interkulturellen Dialog zu sprechen statt von einem Dialog der Kulturen, weil wir von einem nicht-essentialistischen Begriff von „Kultur“ ausgehen. Kultur als ein identitätsstiftender Vorgang zwischen Individuen und Kollektiven setzt Grenzen situations- und interessenbedingt.

Kulturdialoge sollen wechselseitig sein und zu einer beidseitigen Perspektivenübernahme führen. Von der Dialogsituation kann keine der teilnehmenden Seiten in ihrer Identität unberührt bleiben. Der Begriff der Perspektive weist darauf hin, dass in die Konstruktion des Anderen, des Fremden, immer die eigene Situation einfließt und kritisch zu reflektieren ist. Perspektivenübernahme und die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel sind Voraussetzungen für interkulturellen Dialog. Sein Ziel ist eine „dialogische Existenz“ (so der Titel eines Sammelbandes, der in der wissenschaftlichen Reihe des SSIP Ende 2011 erscheinen wird).

Das Zögern und die Unentschlossenheit der EU angesichts der Volksaufstände in den Staaten am Südrand des Mittelmeers hat das Bild, das Teile der Bevölkerungen in den MENA-Staaten von Europa bereits lange Zeit hatten, zunächst bestätigt:

- bei demokratischer Rhetorik faktisch die Unterstützung undemokratischer Herrschercliquen
- insofern *double standards* im Hinblick des europäischen Demokratieverständnisses und
- Unselbständigkeit gegenüber den USA,
- d.h. insgesamt eine unklare und doppelzüngige Politik.

Mir selber ist diese Einschätzung vielfach von iranischen Kollegen und Freunden kommuniziert worden. Erst vor ein paar Tagen hat mir ein Attaché, der an der Botschaft Irans in Berlin das *Institute for Political and International Studies* (IPIS) vertritt, sein Papier mit dem Titel *Egypt: A Great Test for the West* übermittelt, das auf der Plattform des (offiziell unabhängigen) Verbandes liberaler iranischer Politikwissenschaftler (www.irdiplomacy.ir) veröffentlicht wurde, übergeben. Darin heisst es, *This test will show whether the West really believes in democracy and peace, or not*. Nun hätten die Länder des Westens wieder einmal Gelegenheit, wird gesagt, *to show their sincerity in supporting democracy, human rights and dignity*.

Insofern kam die unmittelbare Reaktion der EU mit Catherine Ashton als Außenbeauftragter einem moralischen Desaster nahe. Nutznießer der europäischen Konzeptionslosigkeit könnten – völlig unverdient angesichts ihrer Politik in den vergangenen Jahrzehnten – die USA sein, die in der kulturellen Orientierung und unter den Wunschzielen für Auslandsstudien bei der Mehrzahl der jungen Menschen in den betreffenden Staaten ohnehin erste Wahl sind. Es sind US-amerikanische Universitäten, westliche Popmusik aus den USA, die englische Sprache und der US-amerikanische Lebensstil, die Anziehungskraft ausüben, während vielen europäischen Staaten das Fehlen einer Willkommenskultur,

rassistische Einstellungen oder Fremdenfeindlichkeit aus wirtschaftlichen Motiven vorgeworfen wird (es gibt dem Vernehmen nach Ausnahmen unter skandinavischen Staaten, z.B. Schweden).

Was also kann Europa tun, wenn es die Chance nutzen und verlorenes kulturelles Terrain in Nordafrika und dem Nahen Osten wiedergewinnen will? Was kann insbesondere die *Stiftung Wissensraum Europa – Mittelmeer* in dieser Hinsicht tun?

Verlorengegangenes Vertrauen wiederherstellen

Mit einem Blick auf die politischen Bedingungen der Gestaltung eines euro-mediterranen Kulturraumes muss also nicht zuletzt verlorengegangenes Vertrauen wiederhergestellt werden. Vertrauen ist verloren gegangen in die angebliche Überlegenheit des europäischen Demokratiemodells. Vertrauen ist aber vielfach auch auf der menschlichen Ebene der Kooperation enttäuscht worden. . Auch wenn Iran offenbar kein Mittelmeerrainer ist, führe ich als Beispiel meine Erfahrungen als ehemaliger Beauftragter der Universität Potsdam für die DAAD-geförderte Hochschulpartnerschaft mit Teheraner Universitäten an. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät hat Ende 2006 keine drei Monate gebraucht, dieses Projekt wegen der Antisemitismusvorwürfe gegen den iranischen Präsidenten aufzukündigen. Während der insgesamt fünf Jahre währenden Partnerschaft vorher hatten die Hochschullehrer bei ihren Besuchen in Iran zwar die Großzügigkeit der Gastgeber gerne genossen, unterstützten aber an ihrer eigenen Universität die Partnerschaftsaktivitäten nicht mit einem Cent. Besonders peinlich war die Erarbeitung eines bilateralen Curriculums, welches nach Fertigstellung umgehend von der *University of Tehran* akkreditiert, aber von den deutschen Hochschullehrern und dem Akademischen Auslandsamt verschleppt und schließlich ignoriert wurde.

- Bei gemeinsamen Projekten wäre also in Zukunft verstärkt darauf zu achten, dass die Teilnehmer professionell ausgewiesen sind und über längere Erfahrung auf dem Terrain verfügen.
- Europäische bzw. deutsche Teilnehmer sollten Klarheit darüber herstellen, worin sich das europäische Modell von Demokratie und kultureller Entwicklung von anderen westlichen Modellen, insbesondere dem der USA, unterscheidet. Vorarbeiten dazu liegen in Form historischer Analysen und philosophischer Abhandlungen zahlreich vor.
 - Es wäre an der Zeit, aus diesen Analysen einen umfassenden, orientierenden Überblick über den Stand und die Perspektiven europäischer Identitätskonstruktion zu entwickeln. Ein solcher *state-of-the-art*-Report dürfte sich im Sinne des Vorhergesagten indes nicht die Fiktion einer diskreten, in sich geschlossenen Einheit „deutsche Leitkultur“ oder „europäische Kultur“ zu eigen machen, sondern müsste die Permeabilität von kulturellen und identitätsstiftenden Grenzen reflektieren.
 - Ein solcher Überblick wäre ein wichtiger Schritt zur Selbstverständigung der europäischen Kultur und der langfristigen Aktionsfähigkeit von Europa als einem global Mitwirkenden.

Zeitperspektive: ab sofort

Adressat ist in erster Linie unsere Bevölkerung

Eine Strategie längerfristiger Wahrnehmung und Gestaltung des euro-mediterranen Raum muss sich in erster Linie an die Bevölkerung in der Bundesrepublik richten. Ein Ziel müsste sein, erstens zu vermitteln, dass die Bundesrepublik eine Einwanderungsgesellschaft ist und dass man darauf stolz sein kann, und dass zweitens in einer Einwanderungsgesellschaft auch die Mehrheitsbevölkerung ihre Vorstellungen von deutscher Identität verändern muss. Ein weiteres Ziel wäre die Dekonstruktion essentialistischer Vorstellungen über die eigene Kultur und die Kulturen bei unseren südlichen Nachbarn. Diese Klischees reichen bis in die höchsten Ebenen der Bundespolitik. So war es punktgenau, dass Bundespräsident Wulff, als er neulich die Universität Qatar besuchte, von einer Studentin (Berliner Zeitung, 1.3.2011, S.6) gefragt wurde, warum er sich „so auf den religiösen Aspekt“ fokussiert habe, als er von der Gefahr sprach, dass die Umbrüche in Ägypten und Libyen von Islamisten missbraucht werden könnten, und eine Studentin erkundigte sich, was in Deutschland getan werde, um Ängsten gegen den Islam zu begegnen. Die „Integrationsdebatte“, die wir gegenwärtig erleben, ist keine Selbstverständigung über Integration, sondern eine Abwehrdebatte gegen den Islam bzw. bestimmte Gruppen von Muslimen. Aus dieser Situationsanalyse heraus sind die geeigneten Strategien ableitbar. Als Aktivitäten, die die Herstellung eines Wissensraums Europa—Mittelmeer unterstützen könnten, erscheinen sinnvoll:

- ☞ A) der Aufbau eines eigenen Informationskanals, national basiert, aber mit interkulturellem Blick, z.B. ein spezielles Mittelmeer-Magazin, das langfristig den Bewusstseinsstand der Bevölkerung verändern kann.

Zeitperspektive: > 5 Jahre

- ☞ B) sich permanent punktuell einsetzen:

- ☞ bei Nachrichtenredaktionen, um gegen fehlerhafte, verzerrte, dialogfeindliche Berichterstattung aufzubegehren und Korrekturen zu bewirken,
- ☞ in Form von öffentlichen Vorträgen und Lobbygesprächen in kleinen Kreisen unter Einbeziehung von Organisationen wie dem NUMOV,
- ☞ durch subventionierte Länderreisen, wie es sie seit einiger Zeit durch verschiedene Anbieter für die Türkei gibt,
- ☞ durch Förderung des Erwerbs der arabischen Sprache in den EU-Ländern.

Zeitperspektive: ab sofort / weniger als 5 Jahre

Das Ziel müsste generell in einer besseren Information über

- Afrika, den Islam und die Kolonialgeschichte der MENA-Länder,
- die Zusammenhänge zwischen Armut in den Entwicklungsländern, Migration und globale wirtschaftliche Zusammenhänge,
- die bisherigen Abwehrmaßnahmen der EU („Frontex“)

bestehen. Langfristig muss sich eine einzunehmende Strategie günstig auf die politische Machtverteilung des Mittleren Ostens auswirken und darf die dortige Regionalmacht Iran nicht ausblenden.

Flankierend: der Dialog

Auch zum Dialog mit den Ländern des euro-mediterranen Raumes bedarf es zunächst wahrscheinlich einer Sachstandsanalyse: Wer sind die (potentiellen) Partner? Wer repräsentiert in den Ländern der Region die „Zivilgesellschaft“? Dazu bedürfte es möglicherweise nur einer Konferenz der im Mittelmeerraum seit langem Tätigen. Zweitens ist vielleicht eine Abstimmung sinnvoll: Wer hat welchen Partner am Südrand des Mittelmeers? So haben im vergangenen Jahr Vertreter des *Arabischen Rates für die Vereinigungsfreiheit* das „Regionalbüro für die Mittelmeerländer“ der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kairo besucht (SSIP-Mitteilungen 2/2010, S.2).

Das Ziel müsste darin bestehen, besser über die inneren Verhältnisse der Länder, die religiösen Diskurse innerhalb des Islam, die Diskussionen unter den politisch und kulturell engagierten Frauen, die Diskussionen an den Universitäten informiert zu sein. Wenn wir uns früher für diese Dinge interessiert hätten, wäre die Überraschung über die gegenwärtige Situation nicht so groß. Als geeignete Schritte erscheinen hier:

- ☞ Förderung des Spracherwerbs (deutsch, französisch, italienisch, spanisch) in den südlichen Ländern,
- ☞ Wissenschaftlerkontakte, um zu gemeinsamen Diskussionen, z.B. über unterschiedliche Demokratievorstellungen, und um in den interreligiösen Dialog zu gelangen,
- ☞ Schüler- und Studentenaustausch.

Zeitperspektive: ab sofort / weniger als 5 Jahre

Schlussbemerkung

Schärfer als bei der Abwicklung der DDR dürfte sich in den Staaten das Problem des Umgangs mit der eigenen kompromittierenden Vergangenheit stellen — wie werden diese Staaten mit der Hinterlassenschaft ihrer Geheimdienste, wie werden diejenigen, die in die Unterdrückung der Bürger eingebunden waren, mit ihrer Verstrickung und wie werden die Opfer mit der Anwesenheit der Täter umgehen? Wie wird das geschehen in Gesellschaften, in denen die Religion eine stärkere Rolle spielt, als das in der Bundesrepublik der Fall war? Auch hier entstehen umfangreiche Chancen des Erfahrungsaustausches.